

Judith Dellheim

„Sozialökologischer Umbau“ – was, warum und wieso?

Der Begriff und das Konzept und sogar die Schreibweise - „sozial-ökologisch“ oder „sozialökologisch“ – haben eine Geschichte und somit Veränderungen erfahren. Diese sind nicht nur, aber insbesondere mit der Geschichte der GRÜNEN und dann vor allem der PDS verknüpft, mit dem Ringen konkreter Akteure um linke und sozialistische Programmatik, um linke und sozialistische Politik. Das erklärt, warum Intellektuelle in einem RLS(nahen)-Arbeitszusammenhang mit SPD-Vergangenheit, Grünen-Geschichte und Grünen-Gegenwart, mit PDS-Erfahrung und Engagement in der Partei DIE LINKE. „sozialökologischen Umbau“ mit (demokratischem) Sozialismus verbinden – als Ziel gesellschaftlicher Transformation, als konsequente Menschenrechtsbewegung, als System humanistischer Werte. (Demokratischer) Sozialismus wird als Kampf bzw. fortwährende politische Auseinandersetzung darum verstanden, dass die Vision einer Gesellschaft persönlich freier und sozial gleicher Menschen, die solidarisch miteinander leben und verantwortungsvoll mit den natürlichen Lebensgrundlagen umgehen, wahr wird. Für die Realisierung dieser Vision gibt es nur dann eine Chance, wenn sich zunehmend mehr Menschen diese Idee aneignen, solidarisch miteinander sozial und ökologisch zerstörerische Prozesse verlangsamen, stoppen, strukturell zurückdrängen und letztendlich überwinden – wenn sie die ökonomische Struktur der Gesellschaft so wandeln, dass die natürlichen und sozialen Lebensbedingungen der Menschen erhalten und fortwährend verbessert würden. Dabei würden die Menschen die Verhältnisse untereinander, zu anderen Akteuren und sich selbst grundlegend verändern. Sozialökologischer Umbau ist ein sozialistischer Beitrag zum Nachhaltigkeitsdiskurs, ein sozialer Prozess bzw. eine sozialistische Gesellschaftstransformation und folglich ein Kulturprojekt im doppelten Sinne des Wortes: als individuell und kollektiv problemlösungsorientiert denken, kooperieren und solidarisch handeln lernen und als Veränderung individueller und kollektiver Lebensweisen.

Zur Geschichte des Begriffs und Konzepts „sozialökologischer Umbau“

Die Geschichte der eigenen politischen Organisation, linke Theorieentwicklung und eigene Identität erklären, warum der aktive Gebrauch des Begriffs und die intensive Arbeit am Konzept „sozialökologischer Umbau“ eine politische Richtungsentscheidung bekräftigen – kritische Auseinandersetzung mit sozialistischer Tradition, Engagement für sozialistische Politik.

Der „Runde Tisch“ erklärte Ende Januar 1990 in der Hauptstadt der DDR: „Die Menschheit hat nur dann eine Zukunft, wenn sie ihre Lebensgrundlage behauptet, wenn sie Luft, Wasser, Boden, Lebewelt und Landschaft als unersetzlich begreift. Die Erneuerung unserer Gesellschaft muss daher auf die dauerhafte Entwicklung der Beziehungen zwischen Mensch und Natur gerichtet sein, unabhängig vom jeweiligen politischen Standort der am Runden Tisch vertretenen Parteien, Organisationen und Gruppierungen. Dies erfordert einen ökologischen Umbau in unserem Lande, der ökologische Erfordernisse und Umweltschutz zum integrierenden Bestandteil jeglicher Wirtschafts- und Gesellschaftsstrategie erhebt. Dies bedeutet:

1. ökologische Leitlinien zum bestimmenden Entscheidungskriterium unserer gesellschaftlichen Entwicklung zu machen und ökologische Erkenntnisdefizite durch intensive wissenschaftliche Forschung zu verringern,
2. die Produktion unter strikter Beachtung der Anforderungen von Ökologie und

Umweltschutz und der sparsamen Ressourcenverwertung zu organisieren,
 3. nur solche Wirtschaftsentwicklung zuzulassen, die nicht zu Lasten der Umwelt geht,
 4. das Versorge- und Verursacherprinzip in der Umweltpolitik durchzusetzen,
 5. verursachte Umweltschäden zu benennen und zu sanieren,
 6. beim Umweltschutz eine umfassende internationale Kooperation zu gewährleisten,
 7. den ökologischen Umbau der Gesellschaft und das Grundrecht auf eine gesunde Umwelt zum Verfassungsgrundsatz zu erheben,
 8. eine umfassende, öffentliche Umweltinformation, -beratung, -kontrolle und -mitentscheidung zu sichern sowie
 9. die Arbeit aller ökologischen Gruppen und Netzwerke im nationalen und internationalen Rahmen zu gewährleisten“ (Runder Tisch, 1990).

Es ging um „ökologischen Umbau“ als wesentliche Bedingung und wesentliches Kriterium für „die Erneuerung unserer Gesellschaft“, um „ökologischen Umbau“ als „integrierenden Bestandteil jeglicher Wirtschafts- und Gesellschaftsstrategie“. Gemeint war also „sozialökologischer Umbau“, aber (auch) in der DDR wurde „sozial“ im Allgemeinen nicht als „gesellschaftlich“, sondern als „sozialpolitisch“ verstanden. Hinzu kam, dass am Runden Tisch Beteiligte, insbesondere in der „Bürgerbewegung“ Engagierte, sich stark an der Partei DIE GRÜNEN orientierten. Das belegt u. a. das „Leipziger Programm“ des politisch heterogenen „Demokratischen Aufbruch“ vom 17.12.1989. Dort heißt es unter dem Motto „Dynamisierung der Wirtschaft und ökologischer Umbau der Industriegesellschaft“: „Die Stabilität und Effektivität einer gesunden Wirtschaft ist Voraussetzung für einen wirkungsvollen Beitrag zur Lösung der Probleme der Ökologie und des Hungers in der Welt. Die ökonomischen und ökologischen Probleme der DDR lassen sich nur in einem übergreifenden System wirtschaftlicher und ökologischer Kooperation in Europa und der Welt bewältigen“ (Demokratischer Aufbruch, 1989).

Zwei Jahre zuvor (also 1987) hatten die DIE GRÜNEN mit dem „Umbau der Industriegesellschaft“ als Highlight in ihrem Programm zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung Wahlkampf geführt. Sie hatten „ökologischen Umbau“ bzw. „Umbau der Industriegesellschaft“ als „reformpolitisches Konzept mit sehr tiefen Einschnitten“ erklärt (Stratmann-Mertens). „Da wird umgewälzt und deshalb haben wir damals bewusst den Begriff Umbau gewählt“ (Hoffmann, 1990: 2). Im „grünen“ Wahlprogramm zu den ersten „gesamtdeutschen“ Bundestagswahlen 1990 wurde ein „ökologischer Umbau mit radikaler Demokratie“ propagiert (DIE GRÜNEN, 1990: 37).

Diese Gedanken waren für viele in der PDS hochgradig attraktiv (und wurden auch in der SPD aufgenommen: „Ein Kanzlerkandidat Lafontaine kann solch ein Thema ganz anders vermarkten und dann den Erfolg unter seiner Flagge einheimen“, fluchte 1990 Stratmann-Mertens (Hoffmann, 1990: 2)).

In der ersten Hälfte der 90iger Jahre, als die PDS zum einen ihr politisches Profil suchte und – durch Existenz- und Wahlkämpfe unterbrochen – an gesellschaftspolitischen Alternativen arbeitete, wurden immer wieder Dokumente des „Runden Tisches“ zur Hand genommen, Konzepte und Diskussionen der GRÜNEN analysiert. Hinzu kam die Auseinandersetzung mit der aktuellen Politik von Bündnis90/DIE GRÜNEN, die soziale Interessen von Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere in Ostdeutschland, zunehmend marginalisierte.

Der Begriff „sozial-ökologischer Umbau“ bzw. später „sozialökologischer Umbau“ wie er sich in Dokumenten der Partei des Demokratischen Sozialismus (bzw. in der Linkspartei.PDS) findet, hat in doppeltem Sinne mit dem Sozialen zu tun: Mit „sozial“ als gesellschaftlich – im „grünen“ Verständnis von ökologischem Umbau sind die Macht-, Eigentums- und Produktionsverhältnisse im Allgemeinen marginalisiert bzw. ausgeblendet. Zum anderen mit „sozial“ wie Sozialpolitik – zahlreiche „Grüne“ ordneten die Lebensbedingungen der Bevölkerung konsequenter Umweltpolitik unter. Die PDS hingegen wollte, dass Politik, die ökologischen Erfordernissen entspricht, mit Gewinn an Lebensqualität einhergeht, vor allem für die sozial Schwachen und Schwächsten. Die Partei wollte deutlich machen: die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen ist asozial; der Kampf für individuelle Freiheit in sozialer Gleichheit muss zwingend ein Kampf um den Erhalt, die Gesundung und fortwährende Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen sein. Zugleich aber wollte die PDS an Hand von Ostdeutschland als Region in Europa exemplarisch demonstrieren, dass und wie von unten Gesellschaft sozial und ökologisch erneuert, schrittweise demokratisch umgebaut werden kann (vgl. Dellheim, 2008: 234). Ferner kam hinzu, dass im neoliberalen Lager zunehmend vom „Umbau“ in die Wissensgesellschaft, in die Gesellschaft von Unternehmer/innen eigener Arbeitskraft usw. geredet wurde. Das sprach zusätzlich für einen alternativen – sozialökologischen - „Umbau“, den es sowohl als Begriff als auch in Ansätzen als Konzept bereits gab.

Im Jahre 2000 resümierte Gregor Gysi mit seiner Antwort auf das so genannte „Schröder-Blair-Papier“ die Diskussion zum „sozialökologischem Umbau in der PDS wie folgt: „Es ist möglich und erforderlich, einen neuen Pfad wirtschaftlicher Entwicklung einzuschlagen und einen mit der Umwelt und den menschlichen Bedürfnissen vereinbaren Entwicklungstyp zu finden. Auf der Tagesordnung steht ein sozialökologischer Umbau, der ... das 21. Jahrhundert prägen muss. Drei Aspekte dieses Umbaus seien besonders hervorgehoben:

- (1) der Übergang zu ökologischer Nachhaltigkeit und die damit verbundene und möglich werdende Umorientierung der Produktion von der Produktion materieller Güter hin zur Erzeugung wirklich menschlichen Reichtums – ...;
- (2) eine globale Offensive zur Überwindung von Armut, Hunger und Unterentwicklung
und
- (3) ein Aufbruch, der die Gleichstellung der Geschlechter in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Medien und Kultur durchsetzt ...

Es steht nicht weniger als der Umbau der Weltgesellschaft selbst auf der Tagesordnung. Das Aufbrechen von Herrschaftsstrukturen betrifft die Vorherrschaft der Kapitalverwertung über die Gesellschaft, das zerstörerische Herrschaftsstreben der Gesellschaft über die irdische Natur, die Herrschaft des ›Nordens‹ über den ›Süden‹ und die Herrschaft von Männern über Frauen. Das gesamte System von Produktion, Dienstleistungen, Wohnen, Verkehr und Lebensweise, wie es im 20. Jahrhundert entstanden ist, muss umgebaut werden ... Der ökologische und soziale Umbau wird umfangreiche Innovations- und Investitionsprozesse in Gang setzen und kann schon mittelfristig zu einem Nettozuwachs an Arbeitsplätzen führen.

Damit dies erreicht wird, ist ein neuer Rahmen für Märkte unverzichtbar. Er muss u. a. die der Gesellschaft aufgebürdeten Folgelasten des Wirtschaftens, die bisher in

den betriebswirtschaftlichen Kosten nicht erscheinen, ... in die Preise hineinholen ... Die neue Wirtschaft wird auf einer Globalisierung des Informationsaustauschs, weitgehender Regionalisierung der Stoff- und Energiekreisläufe und Kommunalisierung vieler personenbezogener Dienstleistungen beruhen ... Die notwendige Effizienzrevolution im Umgang mit Naturressourcen erfordert entsprechende Neuorientierungen der Forschungs- und Technologiepolitik auf nachhaltige Entwicklung“ (Gysi 2000).

Wenngleich die erste Energiepolitische Konferenz der Partei DIE LINKE, noch deutlich von der Idee und Arbeit zum sozialökologischen Umbau geprägt war, ist deren Stellenwert in der neuen Partei klar geschwunden. Zeitgleich aber ist im Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Kooperationszusammenhang von Frauen und Männern entstanden, der sich weiterhin wissenschaftlich und politisch-praktisch für das Projekt „sozialökologischer Umbau“ engagiert. Diese Arbeitsgruppe hat formuliert: „der Begriff „Sozialökologischer Umbau“ charakterisiert einen „reflexiven, fortwährenden Such- und Transformationsprozess, in dem sowohl die gesellschaftspolitischen Macht- und Eigentumsverhältnisse sowie die gesellschaftlichen Strukturen so verändert werden, dass die sozialen Lebensbedingungen der Menschen erhalten und verbessert werden. Zugleich verändern die Menschen ihre Lebensweisen, insbesondere ihr wirtschaftliches Handeln, so dass ihre natürlichen Lebensbedingungen und die ökologische Mitwelt (Biosphäre) bewahrt werden, gesund und gesund bleiben. Damit gehen Umbrüche in den Wechselverhältnissen von Wirtschaft und Gesellschaft einher, von Gesellschaft und Natur, der Individuen untereinander – auch und insbesondere in ihren pluralen Geschlechterverhältnissen –, der Individuen zu ihren Körpern und zur Natur. Dabei erfahren die handelnden Akteure, ihr Denken, ihr Instrumentarium und ihr Agieren, ihr Politikverständnis und ihre Politikkonzepte tief greifende Wandlungen. Die Produktions-, Reproduktions- und Regulierungsweisen der Gesellschaft werden bei Anerkennung der Reproduktionserfordernisse der Biosphäre und gesunder menschlicher Individuen so umgebaut, dass die einzelnen Menschen schrittweise selbstbestimmt in Würde und solidarischem Miteinander leben können. Bei sich weiter zuspitzender dramatischer Problemdimension wachsen der Handlungsdruck der Akteure und die Macht des Zeitfaktors. Grundbedingung für den erfolgreichen Einstieg und Fortschritt des sozialökologischen Umbaus ist die Demokratisierung von Entscheidungsprozessen, wobei sich die Anforderungen an kritische Wissenschaft verändern“ (Arbeitsmaterial 2007, zitiert von Brangsch, 2008: 8-9).

„Sozialökologischer Umbau“ versus „nachhaltige Entwicklung“?

Jene, die in der PDS am sozial(-)ökologischen Umbau arbeiteten, haben immer den Nachhaltigkeitsdiskurs bzw. die Nachhaltigkeitsdebatte, die Vorbereitung und Auswertung der Erdgipfel von Rio de Janeiro und Johannesburg kritisch verfolgt. Sie haben in vielen Kontexten mit dem „Brundtland-Bericht“ argumentiert. In diesem wird „Nachhaltigkeit“ auf die Weltbevölkerung mit ihren Bedürfnissen bezogen und auf der Makroebene angesiedelt: "Entwicklung zukunftsfähig zu machen, heißt, dass die gegenwärtige Generation ihre Bedürfnisse befriedigt, ohne die Fähigkeit der zukünftigen Generation zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse befriedigen zu können“ (Brundtland 1987, 24).

Der globale Blick zwingt dazu, Hunger und Unterentwicklung in den armen Ländern, Umweltzerstörung, Unterdrückung von Frauen, Ressourcenmangel und Hochrüstung zu eigenen Problemen zu machen, sie sich anzueignen. Also muss

eigenes Verhalten verändert werden. „Eine zukunftsfähige Entwicklung ist ein Prozess der Veränderung, in dem die Nutzung der Ressourcen, die Struktur der Investitionen, die Orientierung des technischen Fortschrittes und die institutionellen Strukturen konsistent gemacht werden mit den zukünftigen und den gegenwärtigen Bedürfnissen“ (ebenda, 25). Es geht also um das Ausbalancieren von gegensätzlichen Interessen, von Sozialem, Ökologischem und Ökonomischem. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Akteure sollen die globalen Probleme erkennen, ihnen Rechnung tragen lernen und sie schließlich lösen – die Reproduktion der Weltgesellschaft denken und entsprechend handeln (Vgl. Dellheim, Krause, 2008: 17-18). Damit waren und sind demokratische Sozialistinnen und Sozialisten herausgefordert, sich aktiv in den Nachhaltigkeitsdiskurs einzubringen – sowohl was Engagement für gerechte Lösungen globaler Probleme angeht als auch was das offensive Aufzeigen von Grenzen, Widersprüchen und Ambivalenzen angeht. Dabei waren und sind sie genötigt, klarzustellen, dass es nicht „einfach“ um ein Ausbalancieren von sozialen, ökologischen und ökonomischen Interessen auf der globalen Ebene gehen kann, sollen die Menschenrechte für jede und jeden realisiert werden, sollen jede und jeder selbstbestimmt in Würde und solidarischem Miteinander leben können. Denn dafür müssen gesellschaftliche Eigentums-, Produktions- und Machtverhältnisse verändert werden – auf allen Ebenen: von der lokalen, über die regionale, nationalstaatliche, über verschiedene internationale Ebenen bis hin zur globalen.

Keineswegs haben die Anhänger/innen des sozialökologischen Umbaus ihr Verständnis in Absage an die Nachhaltigkeitsdebatte, als Ablehnung einer Beteiligung oder als Gleiches „nur mit anderem Namen“ entwickelt. Sie haben immer im Nachhaltigkeitsdiskurs neue Einsichten und politische Handlungsmöglichkeiten gesucht, insbesondere in den Lokalen Agenden 21. Allerdings konnten und wollten sie dessen Defizite und sogar dessen Missbrauch nicht übersehen – illustrierende Stichworte dafür: „nachhaltige Profitsicherung“ und neoliberale Haushaltskonsolidierung für „nachhaltige öffentliche Finanzen“. Ferner waren die Parteimitglieder, ihre Kommunalpolitikerinnen und –politiker neben Aufgeschlossenheit und Engagement für „richtige nachhaltige Entwicklung in den Kommunen und Regionen“ oft mit Desinteresse, Unverständnis, Ausgrenzungsbestrebungen, „Verwaschenheit“ und politischer Beliebigkeit in den „Nachhaltigkeits-Diskussionen“ konfrontiert, mit hemmenden Regelungen und Mangel an öffentlicher Förderung. Bevor viel zu viele Lokale-Agenda-Projekte endeten, waren in nicht wenigen Kommunen „Nachhaltigkeit“ und „Agenda 21“ politisch diskreditiert und inhaltlich entleert.

Die „Agenda 21“ als ein Kompromissdokument - mit o. g. Idee des Ausbalancierens gegensätzlicher Interessen, mit oftmals unklarer und widersprüchlicher Begriffsverwendung, mit der Anwendung von Atomenergie als einer möglichen Option, ohne konsequente Friedenspolitik und Überwindung des globalen sozialen „Nord-Süd-Gefälles“, ohne Orientierung auf eine nachkapitalistische Gesellschaft - erklärt, warum die PDS und andere Linke sich nicht auf einen positiven Bezug auf „Nachhaltigkeit“ und die kritische Beteiligung an der Nachhaltigkeitsdebatte beschränken konnten und wollten. Als eigenständige sozialistische Kraft brauchte die PDS ein originäres Projekt für einen sozialen Prozess, für einen sozialistischen Transformationsprozess. Mit dem Projekt „sozialökologischer Umbau“ und mit dem Ringen um seine Realisierung hat die Partei des Demokratischen Sozialismus ihr

programmatisches Profil geschärft und sich unverwechselbar in den Nachhaltigkeitsdiskurs eingebracht.

Sozialökologischer Umbau als sozialer Prozess

„Strukturelle Rückdrängung von sozial und ökologisch zerstörerischen Prozessen“ bedeutet, dass gesellschaftliche Akteure Machtverhältnisse, Positionen und Verhältnisse so verändern, dass sich Gesellschaft zunehmend in einer Richtung und in einer Art und Weise entwickelt, dass sie soziale, ökologische und globale Probleme solidarisch, demokratisch und gerecht lösen kann. Das bedeutet zum einen, immer jenen zuerst zur Seite stehen, die am meisten die Solidarität der anderen brauchen. Das bedeutet zum anderen, gegen jene Akteure, ihre Politik und Entwicklungen mobilisieren und kämpfen, die am meisten die Verwirklichung der Vision einer Gesellschaft verstellen, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden als Bedingung für die freie Entfaltung aller gilt. „Strukturelle Rückdrängung von sozial und ökologisch zerstörerischen Prozessen“ bedeutet zum dritten Selbstveränderung von Akteuren, Verdrängung von Akteuren und Akteurswandel. Das wiederum kann nur ein Ergebnis von Lernprozessen, sozialen Kämpfen und neuen politischen Allianzen sein.

Die gefährlichsten zerstörerischen Prozesse vollziehen sich auf lokaler, regionaler, nationalstaatlicher, weltregionaler – so auch auf EU- Ebene - und auf der globalen Ebene. Interaktion erhöht die Dynamik und Dimension des Zerstörerischen. Diese Prozesse sind vor allem:

- die Produktion und Reproduktion von Armut, sozialer Ausgrenzung - darunter Arbeitslosigkeit - (wachsenden) sozialen und territorialen Spaltungen, von Prekarität, Diskriminierung von Menschen nach ihrer sozialen und ethnischen Herkunft, nach ihrem Geburts- und Wohnort, ihrem Geschlecht und ihrer sexuellen Orientierung, nach ihrem Alter und ihrer körperlichen Verfasstheit
- Natur- und Kulturzerstörung, vor allem globale Erwärmung, Luft-, Wasser- und Bodenvergiftung und Verlust biologischer Vielfalt
- Entdemokratisierung, Überwachung und Repression, Verlust an demokratischen Gestaltungs- und politischen Steuerungsmöglichkeiten (insbesondere durch die Privatisierung öffentlicher Leistungen, die Verarmung von Kommunen und Regionen), Neofaschismus, religiösen Fundamentalismen und politischen Extremismen
- Militarisierung und Kriege, bewaffnete Konflikte und Attacken.

Sie verlangsamen, stoppen, strukturell zurück drängen, letztendlich überwinden und Entwicklungen einleiten sowie forcieren, die sich zunehmend an der Vision einer nachkapitalistischen Gesellschaft realisieren, können nur Akteure, die anders denken und sich anders verhalten als die meisten sich heute „links“ und „antikapitalistisch“ Nennenden. Ein „Kultursprung“ oder eine „Kulturrevolution“ der Linken stehen aus und wird es nicht geben. Aber das Prinzip, immer zuerst die Gemeinsamkeiten in den Positionen mit anderen Demokratinnen und Demokraten suchen und politisch zum Tragen bringen, kann **jetzt** praktiziert werden. Ebenso können und müssen **jetzt** den sozial Schwächsten Solidarität erwiesen und Kooperations- bzw. Bündnisfähigkeit angestrebt werden. Auch können die meisten Linken **jetzt** mehr Vernunft im Umgang mit den eigenen Körpern und der Natur leben und vorleben.

Die primäre Suche nach Gemeinsamkeiten und ihr zum-Tragen-bringen, damit sich endlich etwas-in-die-richtige-Richtung-bewegt, ist insbesondere die Voraussetzung

dafür, dass auf globaler Ebene **zugleich** der Bedarf und Verbrauch an nicht-erneuerbaren Ressourcen drastisch sinken, die Produktion von Schadstoffemissionen, Abfall, Lärm und anderen Umweltverschmutzungen radikal reduziert wird und der Übergang zur vorrangigen Nutzung erneuerbarer Energien gelingt - bei Erhalt und Rückgewinnung von Biodiversität und **zugleich bei** effektiver Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung und erzwungener Unterentwicklung. Damit geraten insbesondere in den kapitalistischen Metropolen Innovationspolitik, Unternehmer/innen-Bildung, Forschung und Unternehmer/innentätigkeit in das Blickfeld linker Akteure. Schließlich entscheiden die individuellen Analysen und Antworten von Unternehmer/innen zum Sinn und zu den Wirkungen ihres Tuns mit darüber, ob und wie der Antagonismus zwischen Produktion und ganzheitlicher gesellschaftlicher Reproduktion schrittweise überwunden werden kann. **Zugleich** aber müssen die Akteure linker Politik vor allem in den kapitalistischen Metropolen gesellschaftliche, individuelle und damit eigene Lebensweisen grundlegend verändern.

Es geht darum, in den Städten, Wohngebieten und Produktionsorten Materialflüsse aus der Natur oder aus der Ökosphäre in die sehr verschiedene Wirtschaft und in die sozial gespaltene Gesellschaft hinein (in die Anthroposphäre) und von diesen zurück möglichst materialarm zu gestalten - also den Stoffwechsel der Sphären möglichst gering zu halten und dadurch den Flächen- und Ressourcenverbrauch, den Energiebedarf, das Abfall-, Verschmutzungs- und Lärmaufkommen massiv zu reduzieren. Dazu sind sowohl eine „Dematerialisierung“ als auch ein verstärktes Recycling notwendig. Eine derartig massive Reduzierung des Ressourcenkonsums macht sehr wohl auch ökonomisch Sinn: Viele wichtige Ressourcen haben inzwischen ihren Förderhöhepunkt überschritten und tragen immer weniger zur „Wertschöpfung“ bei. Damit drohen ökonomische und soziale Schocks mit unvorhersehbaren dramatischen Auswirkungen. Sollen diese verhindert werden, müssen jetzt und damit erneut **zugleich** mit anderen Herausforderungen Schritte in Richtung eines selbstbestimmten Lebens in Würde eingeleitet und gegangen werden – im Kampf gegen Armut, soziale Ausgrenzung und soziale Spaltungen, gegen Prekarität/Prekarisierung, Entdemokratisierung, Repression, Militarisierung und Krieg (vergl. Spangenberg, 2008*: 52-54).

Das „Hauptkettenglied“ ist die Demokratisierung des Staatlichen bzw. Öffentlichen, denn es geht hier um die Frage, wie in wessen Interesse wofür Ressourcen eingesetzt werden. Vielfach beginnen die sozialen Kämpfe für Demokratisierung als Kämpfe gegen konkrete Privatisierungsprojekte.

Die Demokratisierung des Staatlichen bzw. des Öffentlichen bedeutet letztendlich einen Eingriff in das System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung.

Sozialökologischer Umbau ist die tief greifende komplexe Umgestaltung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der Stoffwechselprozesse des Menschen/der Gesellschaft mit der Natur. Dabei erlangt die Gesellschaft die Fähigkeit, sich so zu reproduzieren, dass jeder und jedem ein selbstbestimmtes Leben in Würde möglich wird. „Sozialökologischer Umbau“ meint, Reproduktionsfähigkeit der Menschheit in ihrer Ganzheit erlangen, nicht der einen auf Kosten der anderen, und ihrer natürlichen Lebensgrundlagen. „Sozialökologischer Umbau“ bedeutet Entwicklung einer solidarischen Kooperation, die weitgehend lokale und regionale Ressourcen zur Bedürfnisbefriedigung der lokalen und regionalen Bevölkerung nutzt, die Belastungen der Biosphäre, soziale und externe Kosten minimiert. Eine solche gesellschaftliche Arbeitsteilung und Ressourcennutzung gehen mit der vorrangig dezentralen Erschließung und Anwendung erneuerbarer Energien einher.

Individuelles Wohlbefinden, öffentliche Gesundheit, Erhalt und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen werden zu entscheidenden Zielkriterien gesellschaftlicher Veränderungen. „Reproduktionsfähigkeit der Menschheit in ihrer Ganzheit anstreben“ heißt Hierarchien überwinden, die die sozialen und natürlichen Lebensbedingungen der Menschen nach ihrem Geburtsort verteilen, nach der familiären, kulturellen, sozialen und ethnischen Herkunft, dem Geschlecht, der sexuellen Orientierung und körperlichen Verfasstheit. Das schrittweise Schwinden und letztendliche Verschwinden dieser Hierarchien heißt, den Unterschied zwischen Frauen und Männern auf den biologischen Zufall reduzieren, sie einander sozial gleich stellen;

Barrieren niederreißen, die Menschen mit Behinderungen gesellschaftliche Teilhabe verstellen bzw. erschweren; Gegensätze zwischen Klassen und sozialen Gruppen aufheben; ethnisch begründete Spaltungen überwinden; territorial und weltwirtschaftlich bedingte soziale Disparitäten abbauen.

Die Konsequenz wäre weitestgehende Dezentralisierung der Produktion, Reproduktion und Verwaltung bei einer Umbewertung und Neuverteilung von vergüteten und unvergüteten Arbeiten und ihrer Ergebnisse zwischen und unter Frauen und Männern, innerhalb der Gemeinwesen, zwischen den Regionen, Staaten, weltwirtschaftlichen Regionen und Blöcken. Die Umbewertung und Neuverteilung von Arbeit betrifft die Individuen in Familien und Lebensgemeinschaften, die Teilhabe der Frauen und Männer am gesellschaftlichen Leben; die weitestgehende Kombination von einfacher und komplizierter Arbeit, von Produktion und Reproduktion, von Arbeit in der Industrie und Landwirtschaft sowie im Dienstleistungswesen mit der Leitung des Unternehmens und der politischen Verwaltung des Gemeinwesens mit seinem kulturellen Leben; die solidarische Kooperation von Regionen, Staaten, Weltwirtschaftsregionen und -blöcken zur Verbesserung eigener und zugleich gemeinsamer Reproduktionsbedingungen (Dellheim, 2008: 235-236). Es geht um einen neuen Typ von Vergesellschaftung der Arbeit und damit um die demokratische Entwicklung solidarischer Kooperation.

Abschließende (teils wiederholende) Anmerkung

Die Darlegungen haben u. a. zweierlei gezeigt: Arbeit am sozialökologischen Umbau ist auch und insbesondere Aneignung politischer Ökonomie, die dem Marxschen Erbe kritisch verpflichtet ist. Und: die Idee und das Konzept „sozialökologischer Umbau“ setzen auf selbstbestimmt und solidarisch handelnde Individuen und Kollektive. Nur sie können soziale, ökologische und globale Probleme so lösen, dass die Ökosysteme nicht kollabieren, sondern gesunden und menschliches Leben für alle lebenswert wird.

Nachhaltigkeitsstrategien sehen und bearbeiten im Allgemeinen „Gesellschaft“ als die institutionelle Dimension von Nachhaltigkeit. Dabei bleiben Eigentums- und Produktionsverhältnisse - also Verhältnisse zwischen den Menschen in Bezug auf den Gebrauch von Arbeits- bzw. Produktionsmitteln zur Realisierung von Interessen – und weitere gesellschaftliche Verhältnisse im Hintergrund. „Institution“ wird als Interpretation von Begriffen gesehen, als Orientierung, Manifestation, Akzeptanz und Verhaltensmuster gegenüber anderen Akteuren und der Natur.

„Sozialer und institutioneller Wandel“ ist im Nachhaltigkeitsdiskurs vor allem „anders denken und sich anders verhalten“ und so eine Angelegenheit individueller und kollektiver Einsichten, von Veränderung in den ideologischen Orientierungen und Verhaltensweisen der Akteure.

Selbstverständlich sind auch „in der Philosophie“ des sozialökologischen Umbaus „anders denken“ und „sich anders verhalten“ hochgradig wichtig – auch und insbesondere für sich „bekennende“ Linke. Und dennoch reicht es nicht aus, wie es für den Nachhaltigkeitsdiskurs typisch ist, „sozialen Wandel“ nur selten als qualitative Veränderung gesellschaftlicher Strukturen zu sehen, nur ausnahmsweise als qualitative Veränderung der gesellschaftlichen Positionen von Individuen bzw. Akteuren. Es genügt nicht, „sozialen Wandel“ nur kaum als qualitative Veränderung der Verhältnisse zwischen den Individuen bzw. Akteuren im gesellschaftlichen Leben - darunter im Wirtschaftsleben, im gesellschaftlichen Arbeitsprozess - zu begreifen und gestalten zu wollen.

Nachhaltigkeit ist ein „normatives, antropozentrisches Konzept mit erweitertem Verantwortungsbereich“, wobei jeder Satz von Informationen an Hand von Nachhaltigkeitskriterien geprüft wird (Spangenberg, 2005: 11). „Es ist ein Konzept der Makroebene, das eine integrative Sicht von vier Gegenstandsbereichen“ bzw. vier „Dimensionen der Nachhaltigkeit“ fordert: natürliche Umwelt (ökologische Dimension), Bevölkerung (soziale Dimension), Gesellschaft (institutionelle Dimension) und Wirtschaft (ökonomische Dimension). „... Nachhaltigkeit ergibt sich gemäß diesem Verständnis durch die Kombination spezifischer Orientierungen in allen vier Dimensionen“ (Spangenberg, 2005:12).

Wollen hingegen politische Akteure gesellschaftspolitische Kräfteverhältnisse so verändern, dass die Lebensbedingungen aller und zuerst der sozial Schwächsten verbessert werden können, reicht ein Konzept der Makroebene und der Institutionen nicht aus. Es erschwert die Benennung der für Zerstörung Verantwortlichen, die notwendige politische Radikalisierung und die Arbeit an Strategien, um im Kampf gegen die Problemverursacher politische Handlungsmöglichkeiten für sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklungen zu erschließen und zu nutzen. Und dennoch sind die Kritiker/innen der institutionalistischen Nachhaltigkeitsidee und -theorie genötigt, engagiert um maximale politische Gemeinsamkeit mit deren Anhänger/innen zu ringen. Das schließt Streit nicht aus.

Weil menschliche Lebensverhältnisse immer die Unversehrtheit und Gesundheit der Individuen betreffen, ihre persönliche Freiheit, ihre mögliche Einflussnahme auf gesellschaftliche Entwicklungen, ihre Sozialbeziehungen und soziale Absicherung, ihre natürliche Umwelt und weil die Menschen immer Mädchen und Jungen, Frauen und Männer sind, die in Geschlechterverhältnissen leben, sind „objektive Voraussetzungen“ für die Kooperation mit sehr unterschiedlich Betroffenen und sehr verschieden emanzipativ Engagierten gegeben. Diese „objektiven Voraussetzungen“ können für gerechte Problemlösungen politisch zum Tragen gebracht werden, wenn sensibilisierte Akteure Zusammenhänge aufspüren und Kooperationen entwickeln. Das ist (wiederum) eine Kulturfrage.

Literaturverzeichnis

Brangsch, Lutz, 2008: Statt eines Vorworts: Sozialökologischer Umbau als neue Stufe von Vergesellschaftung, 2008. In: Dellheim, Judith/ Krause, Günter (Hrsg.), Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation, Manuskripte 77, Berlin

Brundtland, G. H. ,1987 (ed.): Our Common Future. Report of the World Commission on Environment and Development. United Nations. New York.

Dellheim, Judith, 2008: Sieben Diskussionsthese zu Energiepolitik und sozialökologischen Umbau. In: Dellheim, Judith, Krause, Günter, 2008: Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation, Manuskripte 77, Berlin

Dellheim, Judith, **Krause**, Günter, 2008: Einleitung. In: Dellheim, Judith/ Krause, Günter (Hrsg.), Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation, Manuskripte 77, Berlin

Dellheim, Judith, **Krause**, Günter, 2008: Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation, Manuskripte 77, Berlin

Demokratischer Aufbruch, 1989: Leipziger Programm, <http://ddr89.de>

DIE GRÜNEN, 1990: Programm zur 1. gesamtdeutschen Wahl 1990
http://www.boell.de/download/stiftung/1990_wahlprogramm.pdf

Gysi, Gregor, 2000: Gerechtigkeit ist modern, Berlin

Hoffmann, Wolfgang, 1990: Leiser Triumph, in: Die Zeit,
<http://www.zeit.de/1990/Leiser-Triumph?page=2>

Runder Tisch, 1990: <http://ddr89.de>

Söderbaum, Peter, 2008: Understanding Sustainability Economics, Towards Pluralism in Economics, London

Spangenberg, Joachim H., 2008: Editorial. In: Spangenberg, Joachim H. (Hrsg.), Sustainable Development – Past Conflicts and Future Challenges, Taking Stock of the Sustainable Discourse, Münster

Spangenberg, Joachim H., 2008*: Sozialökologischer Umbau ist Umbau von (Re-)Produktivität. Oder: Anders leben, arbeiten, und konsumieren. In: Dellheim, Judith/ Krause, Günter (Hrsg.), Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation, Manuskripte 77, Berlin

Spangenberg, Joachim H., 2005: Die ökonomische Nachhaltigkeit der Wirtschaft, Theorien, Kriterien und Indikatoren, Berlin